

IM ZENTRUM  
**Die Hypo-Abrechnung – Streitsucht am Milliardengrab**  
 ORF 2, 07.12.2014 22:00 Uhr

(Transkript)

*Ein Multiorganversagen – so lässt sich der Bericht der so genannten Griss-Kommission zur Aufarbeitung des Hypo-Desasters zusammenfassen. Der Bericht deckt ein unglaubliches Ausmaß an Inkompetenz und Ignoranz fast aller beteiligten Instanzen auf. Und die Notverstaatlichung sei keinesfalls alternativlos gewesen.*

*Wie das Milliardenesaster verhindert hätte werden können, ob es in Österreich keine politische Verantwortung und Rücktrittskultur gibt, welche Lehren aus dem Bericht zu ziehen sind und wie viel das Hypo-Milliardengrab den Steuerzahlern noch kosten wird, besprechen Hypo-Kommissionsleiterin Griss, amtierende und Alt-Politiker bei Ingrid Thurnher.*

*Gäste:*

- *Irmgard Griss, Leiterin der Hypo-Kommission*
- *Heinz-Christian Strache, Klubobmann FPÖ*
- *Werner Kogler, Finanzsprecher Die Grünen*
- *Reinhold Lopatka, Klubobmann ÖVP*
- *Christoph Matznetter, Nationalratsabgeordneter SPÖ*
- *Hannes Androsch, FIMBAG-Aufsichtsrat*

**Ingrid Thurnher:** Sonntag Abend im Zentrum, Sie sind live dabei, herzlich willkommen und guten Abend, meine Damen und Herren. Ja, da ging schon ein ungläubiges Staunen durchs Land, als diese Woche der Bericht der so genannten Griss-Kommission öffentlich wurde. Auf 350 Seiten wird akribisch nachvollzogen, wie aus der einstigen Kärntner Erfolgsbank Hypo Alpe Adria ein Milliardenkrimi wurde. Ein Protokoll des Scheiterns nahezu aller involvierten Stellen, allen voran in der Bank selbst und in der früheren Kärntner Landesregierung, aber auch später in der Problembewältigung bei der Regierung und bei den Aufsichtsbehörden. Hätte das Milliardenesaster verhindert werden können? Wo liegt die politische Verantwortung? Welche Lehren sind aus dem Bericht zu ziehen? Und was wird uns das alles noch kosten? Darüber reden wir heute Abend und das sind heute meine Gäste im Studio:

- Irmgard Griss – sie hat diese Woche den brisanten Untersuchungsbericht zur Hypo Alpe Adria vorgelegt.
- Hannes Androsch – er ist Aufsichtsratsvorsitzender der FIMBAG, jener Gesellschaft, die die Interessen der Republik und damit der Steuerzahler über die Bankenhilfspakete wahren soll.
- Ich begrüße Christoph Matznetter in der Runde, den Wirtschaftssprecher der SPÖ, und
- Reinhold Lopatka, den Klubobmann der ÖVP und früheren Finanzstaatssekretär.

- Und bei mir sind FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und
- der Finanzsprecher der Grünen, Werner Kogler.

An Sie alle ein herzliches Willkommen in der Runde.

Frau Griss, das ist er, der Bericht. Und praktisch niemand, der in dieser Causa Hypo Alpe Adria eine Rolle gespielt hat, kommt in diesem Bericht ungeschoren davon. Hat das auch in Ihnen einen gewissen Zweifel an der Effizienz des heimischen politischen Systems und dessen Repräsentanten geweckt?

**Irmgard Griss:** Wir legen das ja im Bericht dar, dass es natürlich Schwächen in unserem System gibt. Also ich würde nicht sagen, es hat bei mir Zweifel geweckt, sondern es ist ganz offensichtlich, dass es hier Fehler, Schwächen im System gibt, denen man sich zuwenden soll und wo man überlegen soll, wie man das in Zukunft besser machen kann.

**Ingrid Thurnher:** So im Ranking 1, 2, 3 – was sind die größten Schwächen aus Ihrer Sicht?

**Irmgard Griss:** Das kann man schwer sagen. Also ich halte von diesen Rankings oder auch vom Quantifizieren sehr wenig. Wenn man sich das anschaut, dann ist das einfach ein Zusammenspiel verschiedenster Faktoren, verschiedenster Fehlentwicklungen, Fehlentscheidungen auf Landesebene wie auf Bundesebene. Also ich würde nicht sagen, das eine hat ein größeres Gewicht als das andere. Das ist einfach zusammengekommen, hat sich verstärkt dadurch auch und niemand hat rechtzeitig eingegriffen, was an sich möglich gewesen wäre.

**Ingrid Thurnher:** Wenden wir uns gleich dem Inhalt auch des Berichts zu und wir fassen für Sie noch einmal in aller Kürze die wichtigsten Aussagen zusammen.

*Den Ursprung des Übels verordnet die Kommission in Kärnten, und zwar im rasanten Expansionskurs der Hypo und in den Landeshaftungen, die über Jahre hinweg sogar über Kärntens Bruttoinlandsprodukt liegen. Das Land profitiert finanziell von hohen Haftungsprovisionen, aber das Risiko – heißt es im Bericht – für das Land Kärnten war nicht kalkulierbar.*

*Für die damaligen Beteiligten dürfte das kein größeres Problem darstellen, denn „das Land rechnete offenbar damit, dass der Bund einspringen würde, sollte die Haftung schlagend werden, so dass es keinen Grund sah, das Risiko zu drosseln und damit auf mögliche Einnahmen zu verzichten“.*

*Ein weiterer Knackpunkt in der Geschichte der Bank ist laut Bericht die Notverstaatlichung, die demnach gar nicht notwendig war. Denn entgegen aller Beteuerungen war sie nicht alternativlos. Mangelnde Information, geringes Fachwissen der Beteiligten und das Hinausschieben wichtiger Entscheidungen hätten die Kosten für die Allgemeinheit schließlich weiter in die Höhe getrieben.*

**Ingrid Thurnher:** Ja, Herr Androsch, dieser Bericht geht mit allen Involvierten ziemlich hart ins Gericht und wer ihn liest, könnte den Eindruck bekommen, wenn's um Finanzen geht, herrscht in diesem Land ein ziemlich hohes Maß an – wenn man es hart sagen will – Ignoranz und Inkompetenz. Stimmt dieser Eindruck?

**Hannes Androsch:** Das ist eine Verkürzung und Vereinfachung. Dass wir ein Weltspitzenfinanzplatz wären, wäre doch übertrieben zu behaupten. In dem ganzen Geflecht des Desasters des westlichen Finanzsystems, das so von Mitte der 80er-Jahre bis eben '07/'08 bis zum Platzen sich zu einem Casino aufgebaut hat, ist das einzuordnen. Und in dieser Einordnung ist allerdings die Hypo Alpe Adria einmal ursächlich ein Sonderfall. Dass dann in der Therapie der Ursache auch nicht immer die Meisterhand stattgefunden hat, ist nicht zu leugnen. Was mir aber in dem Bericht, Frau Präsidentin, etwas unbalanciert wiedergegeben wird: Also erstens die Rolle des Landes, damit die Kirche im Dorf bleibt. Das war das Vehikel für die Verschwendungssucht des damaligen Landeshauptmanns, das war in weiterer Folge im Übergang zu den Bayern, dass man geduldet hat, dass der Herr Berlin mit seinen Freunden ein Riesengeschäft gemacht hat. Und ich verstehe die Exkulpierung nicht, denn die Daten, die Sie im Bericht anführen, sind nicht in Einklang zu bringen mit dem Urteil. Ich meine den Punkt 363.

**Ingrid Thurnher:** Da könnten wir jetzt nachblättern im Bericht, damit wir das genau zitieren können, aber da überfordern Sie uns jetzt, glaube ich, ein bisschen, Herr Dr. Androsch.

**Hannes Androsch:** Es gibt keine Anhaltspunkte, dass es nicht ein Zusammenspiel zwischen Berlin und Schmidt gegeben hat. Das hat's natürlich gegeben, Sie listen es auch auf, ziehen aber merkwürdigerweise den gegenteiligen Schluss. Und das ist nachzulesen sogar in „Der Zeit“. Die haben das schon recherchiert.

**Ingrid Thurnher:** Da muss man vielleicht ein bisschen erklären, Herr Dr. Androsch, denn ich glaube, nicht jeder, der uns jetzt zuschaut, weiß, wovon Sie da jetzt genau sprechen. Es geht sozusagen um einen Deal, den ein Investor namens Thilo Berlin gemacht hat, bevor die Bayern die Anteile an der Hypo Alpe Adria gekauft haben.

**Hannes Androsch:** Ja, aber schon wissend, dass sie's nehmen können.

**Ingrid Thurnher:** Schon wissend, dass sie's nehmen können – sagen Sie.

**Hannes Androsch:** Zwischen 31. August 2006 und endgültiger Übernahme per 30. Juni 2007. Da spielen dann andere Dinge noch hinein. Dann wird nicht berücksichtigt der Hintergrund, nämlich insbesondere bei der Verstaatlichung. Neu ist, welche Vorgespräche der damalige Finanzminister schon geführt hat. Aber welcher Druck von außen über Trichet zur Anwendung kam, der auch mit Deutschland natürlich Kontakt hatte und uns unter Druck gesetzt hat. Und was auch überhaupt nicht mehr vorkommt: was am 13. März dieses Jahres mit der jetzigen Lösung bei einem Abendessen beim Bundespräsidenten passiert ist.

**Ingrid Thurnher:** Wir werden versuchen, über eins nach dem anderen zu sprechen. Ich glaube, sonst tun wir uns selbst schwer, die ganzen Sachen ein bisschen zu sortieren. Herr Strache, ist jetzt auch für Sie außer Streit gestellt, dass die Ursache des ganzen Übels bei der damaligen freiheitlichen Kärntner Landesregierung war, und wenn's das nicht gegeben hätte, wir heute vermutlich hier nicht säßen?

**Heinz-Christian Strache:** Zu allererst einmal einen großen Respekt und eine Anerkennung für den Bericht, den die Frau Prof. Griss in einer objektiven und sehr seriösen Art und Weise auch aufbereitet hat. Und das, was Sie jetzt als Ursache definieren, habe ich immer verurteilt, nämlich dass ein Expansionskurs der Hypo beschritten wurde mit Landeshaftungen, die unverantwortlich waren, wo aber auch im Bericht definitiv festgestellt wird, dass da neben dem Dr. Haider immer im Landtag die SPÖ und die ÖVP dabei waren. Und dann kommen wir zu drei Akten eines Dramas, nämlich die Verstaatlichung ohne Not, die immer als eine

Notverstaatlichung dargestellt wurde, wo wir heute wissen, die Notwendigkeit war nicht gegeben. Es hätte Alternativen gegeben. Wo wir dann in Folge erleben, dass man sich – wenn man so will – durch Untätigkeit totgestellt hat, nicht eine Abwicklung im Bereich der Bad Bank vorgenommen hat und wo wir dann auch letztlich heute wissen, dass man am Ende die schlechteste Lösung gewählt hat. Das heißt, der Schaden wäre verhinderbar gewesen. Und das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt. Jetzt so zu tun, dass früher einmal unverantwortlich im Bereich der Landeshaftungen leider alle Parteien im Kärntner Landtag hier mitgezogen haben – ja, das ist Realität. Aber der Schaden wäre verhinderbar gewesen, hätte man die Bayern nicht aus der Verantwortung entlassen. Und das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt.

**Hannes Androsch:** Geringer zu halten – verhindern nicht.

**Heinz-Christian Strache:** Man hätte ihn wesentlich geringer halten können oder vielleicht sogar – es gibt ja Lösungen, die vorgeschlagen worden sind, Partizipationskapital nachzuschießen.

**Hannes Androsch:** Die Bank war ja davor schon ein Lügengeflecht.

**Heinz-Christian Strache:** Schauen Sie, die Bank ist von hunderten Experten beim Kauf überprüft worden. Da bin ich bei Ihnen. Wo war denn die Finanzmarktaufsicht, wo war denn der Nationalbank-Direktor, was gibt's denn hier für Versagensquellen, wo Personen heute in diesen Ämtern sitzen, die politisch motiviert besetzt sind? Und das müssen wir schon auch bedenken. Das heißt, die gesamte Finanzmarktaufsicht hat ja versagt.

**Hannes Androsch:** Eigentümer war das Land, Aufsichtskommissär war Ihr Vorgänger Haider, nicht? Also dass wir es klar ausdrücken.

**Heinz-Christian Strache:** Und wer war bei der Österreichischen Nationalbank, wer war bei der FMA?

**Hannes Androsch:** Die waren ja nicht Eigentümer.

**Heinz-Christian Strache:** Nein, Eigentümer nicht.

**Hannes Androsch:** Der Eigentümer hat schon eine besondere Verantwortung.

**Heinz-Christian Strache:** Das ist ja dann auch ausgelagert worden, wie Sie wissen. Aber wir kommen schon zu dem Punkt, Herr Androsch. Es wird einen Untersuchungsausschuss geben und der wird das dann auch entsprechend beleuchten.

**Ingrid Thurnher:** Herr Strache, wir versuchen eines nach dem anderen zu tun, weil es ja wirklich eine komplizierte Angelegenheit ist. Herr Kogler, es waren dann ja auch die Grünen dabei, als in der letzten Konsequenz dann im Kärntner Landtag immer neue Haftungen auch beschlossen wurden. Das ist ja auch für Sie argumentativ gar nicht so leicht.

**Werner Kogler:** Nein, es ist genau umgekehrt herum. Den einzigen Beschluss, den der Landtag damals gefasst hat, war der zur Beendigung der Haftungen und vorher haben sie immer gegolten. Aber das ist ja wohl nicht das Einzige, was hier von Relevanz ist. Ich meine, in den großen Zügen – um auch zum Anlass Stellung zu nehmen: Ich habe auch zum Ausdruck gebracht großen Respekt vor der Arbeit und dem Prüfergebnis, weil in wesentlichen Kapiteln hier Nachschau gehalten wurde. Man kann wie Dr. Androsch natürlich ein paar Facetten dann herausgreifen, es gibt ja auch noch wesentlich mehr Kapitel, die zu untersuchen wären. Aber das entspricht offensichtlich auch dem Auftrag der Bundesregierung – im Nachhinein muss man da auch Spindelegger loben. Das hätte ich ursprünglich so nicht gesehen. Ich stehe nicht an, das zuzugeben. Aber es sind hier wesentliche Kapitel angegangen worden. Und das Schlimme ist ja in Wahrheit, dass entlang dieser Kaskade man den Eindruck gewinnt, dass immer im Wesentlichen das Falsche gemacht wurde, im Übrigen oft auch unterlassen.

Was mich am meisten empört oder ärgert, ist immer noch – und wir waren ja an der Stelle schon ein paar Mal beieinander, auch im Nationalrat – dass diese Alternativenlosigkeit wirklich in Wahrheit einer Scheinheiligkeit entspringt. Nämlich auch deshalb, weil es ja nicht so war, dass nicht immer schon Leute auch darauf hingewiesen hätten. Ich habe in diesen so genannten Hypo-Krimi-Unterlagen, mit denen ich ja schon seit einem halben Jahr auf Tour bin, immer wieder auch den Beweis geführt, dass wir schon im Jahr 2006 – im Übrigen auch der Kollege Matznetter damals noch auf der richtigen Seite – darauf hingewiesen haben, was schon alles schief läuft. Und was ist denn passiert? Als wir darauf hingewiesen haben, dass dieses Swap-Verluste, die aufgetaucht sind, ja nur die Spitze des Eisbergs –

**Christoph Matznetter:** 2004 schon.

**Werner Kogler:** Ja, 2004, aber 2006 sind sie offenkundig geworden – nur die Spitze des Eisbergs sind, ist ja genau nichts passiert. Rolf Holub und ich haben daraufhin begonnen – zu Beginn des Jahres 2006 – bei der Finanzmarktaufsicht bescheiden

zu intervenieren, so gut man das als Abgeordnete kann, sie sollen sich ein paar Projekte anschauen. Es war ja damals schon erkennbar, dass dieses Risiko eingegangen wurde, weil ein Swap-Verlust kann immer passieren, um bestimmte Dinge abzudecken. Weil wenn's gut geht, kann man wieder Eigenkapital generieren und die Bilanzfälschung hätte es halt nicht gebraucht. Die waren damals schon unter Wasser – das hätte man wissen müssen.

Wir haben im März 2006 darauf hingewiesen, dass sehr viele Großprojekte in Kroatien in Wahrheit sich als riesen faule Kredite entpuppen werden. Und das ist weitergegangen über das Partizipationskapital der Republik, wo die Notenbank – glaube ich – ihre Ursünde hat, indem sie sagt, die Bank ist im Wesentlichen halb gesund. Was soll das sein? Obwohl sie – die Notenbank – es hätte wissen müssen, dass sie krank war.

Und 2009 hätten die Beteiligten wissen müssen, dass erstens die Bank komplett hin ist – und haben sie aber trotzdem ohne näheres Betrachten zurückgeholt. Und zu allem Drüberstreuen haben sie es unterlassen, sozusagen das Wenige, was sie selber wussten, zu verwerten. Dann hätten sie auch gewusst, dass die Bayern nur geblufft haben. Und diese Kaskade ist natürlich das Unerträgliche. Weil wenn's einmal schiefgeht, ist es eine Geschichte – aber wenn's 15-mal hintereinander schiefgeht, ist es wirklich schlimm. Apropos 15: Meine Schätzung ist, dass wir jetzt – wenn sonst nichts mehr passiert, man kann immer noch sehr viel retten, darauf kommen wir heute vielleicht auch noch – heuer und im nächsten Jahr sind Handlungen zu setzen, die noch viele Milliarden retten könnten. Aber diese Abfolge von Versagenszuständen ist ja in Wahrheit das Schlimme. Und einer allein war's mit Sicherheit nicht. Ich stimme auch da mit der Frau Griss überein, es gibt keinen Alleindeppen oder keinen Obergauner für sich. Es ist insgesamt so viel zusammengekommen, und das ist ein Systemversagen, was mit dem österreichischen Schlawinertum und Wegschauern und Herumtricksen auch gegenüber Brüssel zu tun hat. Und alles das hat's ausgemacht.

**Ingrid Thurnher:** Es wird da in der Folge sehr viel um politische Verantwortung auch gehen, spätestens wenn der Untersuchungsausschuss im Parlament seine Arbeit aufnimmt. Herr Lopatka, wo sehen Sie denn die gravierendste politische Verantwortung, nicht nur jetzt vor der so genannten Notverstaatlichung, sondern auch danach?

**Reinhold Lopatka:** Zu sagen ist, dass – und das ist im Griss-Bericht ja auch deutlich zum Vorschein gekommen – der Brand gelegt worden ist in Kärnten. Und dann ist die Frage, ob beim Löschen Fehler passiert sind. Und wir sind ja jetzt noch in der Aufarbeitung. Niemand hat fehlerfrei gearbeitet, aber ohne Kärnten hätten wir das Desaster nicht. Das ist schon deutlich zu sagen. Und hätten wir nicht nicht diese Haftungen in der Größenordnung gehabt, wären wir nicht gezwungen gewesen, diese Verstaatlichung vorzunehmen.

Und dann geht's jetzt um Alternativen. Ich hätte gerne gewusst, was war Ihrer Ansicht nach die Alternative zur Notverstaatlichung? Der Konkurs?

**Irmgard Griss:** Nein. Ein größerer Beitrag der Bayern. Die Bayern hätten in der Bank bleiben können.

**Reinhold Lopatka:** Genau – genau. Da bin ich einmal froh, dass Sie das so sagen und nicht sagen, der Konkurs. Das ist schon einmal der ganz wichtige Punkt, dass Sie das klar sagen. Denn da muss man auch eines sagen, da unterscheiden Sie sich schon dann auch von den Oppositionsparteien. Die haben ja heute viel Kreide gegessen. Als Ihre Kommission eingesetzt worden ist von Spindelegger – ich möchte es schon sehr deutlich sagen, um politische Verantwortungen zu klären – haben Sie gesagt, diese Kommission ist infiziert, da kann nichts Gesundes herauskommen – im Nationalrat. Sie haben gesagt, eine groß angelegte Vertuschungsaktion. Heute reden Sie ganz anders.

**Heinz-Christian Strache:** Das ist ja mea culpa. Das ist ja wichtig festzuhalten, dass wir von Beginn an geglaubt haben, dass Sie die Untersuchung verhindern wollen. Und deshalb gilt es ja auch den großen Respekt auszusprechen, dass wir uns zum Glück getäuscht haben.

**Reinhold Lopatka:** Spindelegger, nicht Sie haben diese Kommission eingesetzt.

**Heinz-Christian Strache:** Sie haben 21 Untersuchungsausschüsse im Parlament verhindert. Ich meine, bei aller Wertschätzung.

**Reinhold Lopatka:** Wir reden jetzt vom Griss-Bericht, ja? Wir reden jetzt vom Griss-Bericht. Sie haben von Beginn an diese Kommission verteufelt, Sie beide.

**Werner Kogler:** Das stimmt ja überhaupt nicht. Sie haben die Berichtskommission –

**Reinhold Lopatka:** Sie haben im Parlament gesagt: „Diese Kommission ist von vornherein infiziert, da kann nichts Gesundes herauskommen. Ein untauglicher Fluchtversuch.“ – Ich könnte noch weitere Zitate bringen –



**Ingrid Thurnher:** Aber bringt uns das jetzt wirklich weiter, inhaltlich?

**Reinhold Lopatka:** Doch. Weil wir immer an Aufklärung interessiert waren. Und ohne uns hätte es diese Griss-Kommission nicht gegeben. Und ich gehe jetzt weiter zum Untersuchungsausschuss. Ich habe immer gefordert –

**Ingrid Thurnher:** Meine Frage war ja aber, inwieweit trifft Sie, trifft die ÖVP, trifft die ÖVP-Finanzminister und Finanzstaatssekretäre eine Mitverantwortung an dem, was nach der Verstaatlichung passiert ist oder nicht passiert ist.

**Reinhold Lopatka:** Schauen Sie, es gibt eine politische Verantwortung, es gibt eine strafrechtliche Verantwortung –

**Ingrid Thurnher:** Wir reden nur über die politische.

**Reinhold Lopatka:** Die politische Verantwortung trifft in erster Linie einmal Kärnten. Dort hat es den Ausgang genommen.

**Ingrid Thurnher:** Das haben Sie schon gesagt.

**Reinhold Lopatka:** Das muss man aber sagen. Und dann geht es darum, als dieser Schaden angerichtet war, als Haftungen um die 20 Milliarden da waren – eine Unsumme – ist es darum gegangen, innerhalb kurzer Zeit eine Lösung zu finden. Sie sagen, das ist nicht optimal gelaufen. Der Zeitablauf war nicht sehr lange – das wissen Sie – wo wir gewusst haben, dass die Bayern nicht mehr bereit sind zu zahlen. Sie sagen, die Bayern hätten am Ende des Tages nie die Bank in Konkurs gehen lassen. Das kann man heute behaupten. Fakt war, dass wir damals die Ausfallhaftung hatten. Wir waren die Ersten, die sofort zur Kasse gebeten worden wären. Ja, wir hätten im Nachhinein einen Teil – ja, Kärnten. Aber Kärnten war ja unmöglich, Entschuldigung. Sie sagen Kärnten? Also glauben Sie wirklich, dass die Republik ein Bundesland in Konkurs gehen lassen kann? Glauben Sie das?

**Irmgard Griss:** Aber der Beitrag Kärntens war dann sehr gering.

**Reinhold Lopatka:** Der war zu gering. Da verhandeln wir bis heute – bin ich auch Ihrer Meinung.

**Ingrid Thurnher:** Herr Matznetter, die ganze Zeit über – und das kommt in dem Bericht sehr genau auch heraus – als über die Verstaatlichung verhandelt wurde, die

so genannte Notverstaatlichung, sage ich jetzt immer dazu – die ganze Zeit über ist alles und jeder einzelne Schritt in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt geschehen. Wie groß also ist die politische Verantwortung auch der Kanzlerpartei SPÖ?

**Christoph Matznetter:** Können Sie in der Runde auch einmal zu den eigentlichen Ursachen was sagen? Weil bevor es dazu kommt – Werner Kogler hat zu Recht darauf verwiesen. Wir beide haben heftigst, wie die ersten Skandaldinge 2006 merkbar waren im Frühjahr – heftigst kritisiert, was dort abgeht unter Jörg Haider. Und es gab auch durchaus nicht nur uns beide. Ich darf zitieren, da gab's jemanden, der gesagt hat, Haider könne sich nicht so einfach abputzen, aus der Affäre ziehen, die Bank gehört zu 49,4 Prozent dem Land Kärnten, das die Haftung zu tragen hat, wenn etwas schiefgeht. Daraus folgt eine ganz besondere Sorgfalts- und Aufsichtspflicht, der das Land Kärnten mit seinem Finanzreferenten Haider offensichtlich nicht nachgekommen ist. – Wissen Sie, wer das war? Das Fähnchen im Wind H.-C. Strache, der sich hier herstellt und sagt, die Bundesregierung ist schuld, weil heute halt wieder das Ganze FPÖ ist. Er hat's damals richtig erkannt. Die Aufnahme dieser Haftungen ohne weitere Kontrolle, ohne Ausübung irgendeiner Möglichkeit als Aufsichtskommissär – das ist nämlich jene Sicherung des haftenden Steuerzahlers, die über die Jahrzehnte eingebaut war. Dort ist das entstanden. Und diese Fähnchen im Wind – da kritisiere ich es mal, weil es halt damals BZÖ war, jetzt ist es wieder FPÖ, und daher sind die anderen schuld. Bitte Herr Strache, seien Sie nicht unernsthaft.

**Heinz-Christian Strache:** Hören Sie mir zu?

**Christoph Matznetter:** 20 Milliarden Haftung. In dieser Situation spricht der Finanzminister mit dem Regierungspartner, ob er die Verstaatlichung macht. Alle Experten – alle, die Österreichische Nationalbank, die Finanzmarktaufsicht, die EZB, alle Beteiligten – sagen, es gibt keine andere Möglichkeit als die Übernahme. Frau Thurnher, was würden Sie zum Bundeskanzler sagen, der sagt, die Experten sind mir alle wurscht, am Pokertisch um 20 Milliarden mach' ich's locker. Ich mach' das Gegenteil von dem, was alle Experten empfohlen haben. Wissen Sie, wie der Bericht ausschauen würde, wenn's dann schiefgegangen ist? Ein Bundeskanzler, der sagt, ich brauch' keine Experten –

Herr Faymann war nicht am Verhandlungstisch, sondern der Herr Bundeskanzler hat sich beraten lassen von denen, die zuständig sind: Nationalbank und Finanzmarktaufsicht.

**Hannes Androsch:** Er hat sich am Sonntag, den 13., bis zum Schluss gewehrt. Ich war nicht involviert und kann das leicht sagen. Ich weiß es von allen möglichen, die involviert waren, dass er sich bis zum Schluss gewehrt hat. Da muss ich wirklich den Faymann in Schutz nehmen.

**Christoph Matznetter:** Die Opposition geht ja nicht auf – hätte ein Bundeskanzler gegen die Empfehlung aller dafür zuständigen Experten das Gegenteil gesagt, ich poker' besser. Ich glaube, dass ich mit Pokerface vielleicht aus den Bayern mehr raushole.

Noch einen Nachsatz, den Sie vielleicht mitnehmen können: Im Nachhinein herzugehen und zu sagen, du hättest mehr rausholen können von den Bayern, umfasst die Frage, wie das Drohpotenzial des Einzelnen war. Wen trifft es zuerst? Und vielleicht sollte man dem Zuseher erklären, was mit den damals 19 Milliarden Landeshaftung als Ausfallsbürge gewesen wäre, wenn man nächsten Tag der Bankrun – nämlich eineinhalb Stunden später nach der Verkündung des Finanzministers Pröll – eingesetzt hätte. Da sitzt der Aufsichtskommissär dann um zehn Uhr, der irgendwann nicht mehr auszahlen kann. Die Zahlungsunfähigkeit reicht bereits für die Insolvenz. Was muss der machen, der Verwalter? Ja, unverzüglich die Bank sperren lassen. Und damit sind wir im Insolvenzverfahren und Sie dürfen dem Zuschauer einmal erklären, wer dann die Haftung – ob die schlagend geworden wäre oder nicht. Das steht nämlich nicht in Ihrem Bericht.

**Ingrid Thurnher:** Frau Dr. Griss, Sie sagen ja in Ihrem Bericht mehr oder weniger, das Verhandlungsteam ist mit einem – wollen wir mal sagen – Mangel an Wissen und Vorinformation in diese Verhandlungen gegangen. Konnte Sie der Herr Matzenetter jetzt eines Anderen überzeugen, eines Besseren überzeugen?

**Irmgard Griss:** Nein, er hat ja von ganz etwas anderem gesprochen. Also wir reden von verschiedenen Dingen. Im Bericht geht's ja um die Frage, was ist in den Monaten vor dem Dezember 2009 geschehen. Wir befassen uns damit, was hätte das Finanzministerium damals machen müssen, welche Hausaufgaben wären zu

machen gewesen, was hätten sie alles prüfen müssen, welche Informationen hätten sie beschaffen müssen, wie hätten sie sich darauf vorbereiten müssen. Sie haben gewusst schon im Oktober – also im September war schon klar, die Bank braucht wieder Geld. Im Oktober haben sie gewusst, die Bayern machen das nicht mehr allein. Sie haben auch dann im November gewusst, die Bayern wollen die Bank loswerden. Das erste Angebot der Bayern war um den Buchwert. Sie haben gesagt, wir werten ab auf etwas über 300 Millionen, ihr könnt's es zum Buchwert haben. Und dann das nächste Angebot der Bayern war dann um einen Euro.

Jetzt hat doch das BMF – also Österreich – gewusst, die Bank braucht Geld, es ist eine schreckliche Situation, die Bayern wollen das Geld nicht mehr allein hergeben. Wir sind gefordert, wir sollen die Bank übernehmen. Da ist doch der erste Schritt, den man hier macht, dass man sich anschaut, was sind die Schwächen in meiner Verhandlungsposition – das waren sicher die Landeshaftungen – aber hat vielleicht auch die Verhandlungsposition der Bayern Schwächen? Hätte man sich das angeschaut, dann hätte man gesehen: Die Bayern haben mindestens 3,5 Milliarden Euro Liquidität in der Bank. Also Ende November steht in diesem Bericht über die Besprechung vom Verwaltungsrat, fünf Milliarden. Das heißt, mit den bereits getätigten Investitionen der Bayern war das Risiko der Bayern zwischen sechs und acht Milliarden Euro.

**Reinhold Lopatka:** Und bei uns bei 20.

**Irmgard Griss:** Nein, das stimmt nicht, Herr Lopatka. Lassen Sie mich ausreden.

**Christoph Matznetter:** Entschuldigung, Frau Dr. Griss, die acht waren nicht eingezahlt.

**Irmgard Griss:** Herr Matznetter, lassen Sie mich bitte ausreden. 3,5 Milliarden mindestens Liquidität in der Bank, das heißt –

**Christoph Matznetter:** Ist die zurückgezahlt worden?

**Irmgard Griss:** Darlehen in der Bank, bayerisches Geld in der Bank –

**Christoph Matznetter:** Ja. Ist das zurückgezahlt worden?

**Irmgard Griss:** Da ist ja der Prozess jetzt beim Landgericht München anhängig. Herr Matznetter, Sie reden von etwas anderem. Lassen Sie mich ausreden.

**Ingrid Thurnher:** Sie kommen auf die Rechnung acht Milliarden.

**Irmgard Griss:** Jedenfalls steht's in dem Protokoll, es waren zwischen sechs und acht Milliarden. Das war eine Schwäche in der Verhandlungsposition der Bayern.

Und wenn man nun diese Schwäche in der Verhandlungsposition der Bayern sieht und dann überlegt, werden die Bayern die Bank jetzt in Konkurs gehen lassen? Was bedeutet das denn? Die sechs oder acht Milliarden sind wenn nicht zur Gänze verloren, so doch auf unabsehbare Zeit blockiert. Das heißt, die Insolvenzdrohung der Bayern ist ja geschwächt dadurch.

Und die 20 Milliarden Kärntner Landeshaftungen – das heißt ja nicht, dass Kärnten oder die Republik 20 Milliarden nehmen muss, das zahlen muss. Das heißt, wenn alles liquidiert ist, dann muss den Verlust, der sich bei der Bank ergibt, der Bund oder das Land Kärnten tragen. Das werden nicht 20 Milliarden sein, weil gar nichts war das nicht wert.

Wenn man das nun gegenüberstellt, dann war vielleicht das Risiko der Republik auch zehn Milliarden, das der Bayern auch acht oder zehn Milliarden. Und wenn Sie nun sagen, Herr Androsch, Trichet hat da angerufen. Ja, Trichet kann Österreich keine Weisungen geben. Niemand. Ich hab' den Herrn Gouverneur Nowotny gefragt: Als Trichet Sie angerufen hat, warum haben Sie ihm nicht gesagt, er soll den Axel Weber anrufen? – Das war die österreichische Tochter einer bayerischen Bank. Und glauben Sie, dass Deutschland, der Freistaat Bayern, die österreichische Tochter einer bayerischen Bank in Konkurs gehen lassen wird? Wenn die Bayern gleichzeitig riskieren, dass zwischen sechs und acht Milliarden Euro verloren sind? Das ist kein Kleingeld.

**Ingrid Thurnher:** Mit einem Wort: Die österreichische Regierung hat sich über den Tisch ziehen lassen. Könnte man so sagen.

**Irmgard Griss:** Das will ich so nicht sagen. Sie war nicht entsprechend vorbereitet.

**Hannes Androsch:** Da kann ich Ihnen weitgehen folgen, mit der einzigen Ausnahme, dass man die damalige bedrohliche Finanzsituation insgesamt in Rechnung stellen muss. Das beantwortet aber nicht meinen Einwand, dass das schon Therapiefeld ist. Und wie man überhaupt dort hingekommen ist durch das Land, durch den Berlin, durch die Grawe und diese Machinationen, das ist eine andere Geschichte. Und das haben Sie unterbelichtet.

**Irmgard Griss:** Herr Dr. Androsch, wir haben all diese Abschnitte beachtet. Wir sind, was den Herrn Berlin betrifft, in guter Gesellschaft mit der Staatsanwaltschaft München. Die Staatsanwaltschaft München hat über eine lange Zeit das untersucht,

ob es Absprachen der Bayern gab. Außerdem, Herr Dr. Androsch: Selbst wenn – was würde denn das an der Sache ändern? Was ist die Konsequenz?

**Hannes Androsch:** Die Verantwortung und Haftung oder Rückforderungsfragen.

**Irmgard Griss:** Wieso?

**Hannes Androsch:** Und in welche Position wir gegenüber den Bayern gekommen sind. Weil eine Irreführung ist unzweifelhaft, aber die gerichtlich durchzusetzen, wird fraglich sein. Daher bin ich der Meinung, dass wir jetzt – das muss ja das Ziel sehen – schauen, das Beste noch daraus zu machen und möglichst rasch einen Teilkonkurs herbeizuführen.

**Ingrid Thurnher:** Über das reden wir gleich. Wir sollten noch in der Chronologie eine Sache vielleicht – damit uns die Zuschauerinnen und Zuschauer auch leichter folgen können – besprechen, die dann gefolgt ist nach der so genannten Notverstaatlichung. Die war im Übrigen fast auf den Tag genau vor fünf Jahren. Und dann, Frau Dr. Griss, ist sehr, sehr lange eigentlich nichts passiert. Und da sagen Sie ja auch in Ihrem Bericht, aus artfremden Motiven heraus ist nichts passiert. Was meinen Sie damit?

**Irmgard Griss:** Aus sachfremden Motiven. Wir meinen, dass man die Bad Bank-Lösung nicht gewählt hat, die die Nationalbank massiv empfohlen hat, weil eine Abbaubank im Staatseigentum die Staatsschuld erhöht hätte. Und das ist nun, was die Bank betrifft und die Frage betrifft, was soll die Republik Österreich als Alleineigentümerin der Bank machen, ein sachfremdes Motiv. Denn die Staatsverschuldung hat nichts mit der Bank zu tun. Wenn die Republik Österreich Eigentümerin einer Bank ist, dann muss sie schauen, wie sie diese Bank am besten saniert, reprivatisiert.

**Hannes Androsch:** Da gebe ich Ihnen ganz Recht.

**Irmgard Griss:** Ja. Das schreibt auch die Europäische Kommission in der Beihilfenentscheidung. Sie schreibt, Österreich beruft sich auf die drohende Erhöhung der Staatsschuld. Und die Kommission sagt, die drohende Erhöhung der Staatsschuld hat mit der Bank nichts zu tun.

**Hannes Androsch:** Die Deutschen haben das mit der Hypo Real Estate ganz genauso gemacht und sind besser ausgestiegen, obwohl's mehr gekostet hat.

**Christoph Matznetter:** Ich tu mich da jetzt vielleicht leicht, weil wir haben die Bad Bank immer gefordert. Nicht nur Nowotny, es war der damalige Staatssekretär Schieder, der ja schon im Jänner, also unmittelbar vor der Verstaatlichung, die Bad Bank gefordert hat als die richtige Lösung. Es gibt nur ein Gegenargument, Frau Dr. Griss, das man mitbeachten muss. Die Frage ist, wie wirkt sich die Erhöhung der Staatsschuld auf die Refinanzierung der gesamten Verbindlichkeiten der Republik Österreich aus.

**Irmgard Griss:** Aber jetzt haben wir das auch.

**Christoph Matznetter:** Nein, ich will das gar nicht verteidigen, wir haben eh die Bad Bank gefordert. Ich gebe nur zu bedenken, da gibt's nicht nur eine juristische Komponente, sondern auch eine ökonomische, nämlich: Handle ich mir mit dem einen ein, dass ich unter Umständen etliche Basispunkte hinaufgehe bei der Refinanzierung. Das wirkt sich nicht gleich aus, aber wenn man neu verschuldet.

**Hannes Androsch:** Das ist schon eingepreist von den Märkten.

**Werner Kogler:** Eingepreist – richtig.

**Ingrid Thurnher:** Herr Lopatka, das fragt sich natürlich ganz Österreich: Warum hat die damalige Finanzministerin, Ihr Vorgänger auch, Josef Pröll – warum haben sie alle nicht auf diese vielen, vielen Stimmen gehört, die gesagt haben, es muss eine Bad Bank her, es muss mit dieser Bank was passieren, und haben jahrelang eigentlich dieses Problem vor sich hergeschoben.

**Reinhold Lopatka:** Naja, jahrelang vor sich hergeschoben – der erste Punkt ist, man hat versucht, das in der Bank abzuwickeln, um eben genau das, was Sie angesprochen haben, wo Sie sagen, das hat mit der Bank nichts zu tun, was insgesamt die Situation von Österreich betrifft, was die Maastricht-Kriterien betrifft, um hier eine Lösung zu finden, dass sich die Position von Österreich nicht verschlechtert. Das war die Überlegung der Ministerin Fekter.

**Ingrid Thurnher:** Aber dass sich währenddessen die Situation der Bank immer weiter verschlechtert hat, das war dann vergleichsweise sozusagen nicht so –

**Reinhold Lopatka:** Schauen Sie, der zweite Punkt war – um das auch deutlich zu sagen – Sie müssen ja nur lesen, was die Finanzmarktaufsicht, aber vor allem was die Nationalbank gesagt hat im Jahr 2009. Das möchte ich noch einmal sagen.

**Werner Kogler:** Aber die sind doch das Problem und nicht die Lösung. Die waren doch immer bis hierher mit involviert.

**Reinhold Lopatka:** Darf ich ganz kurz ausreden.

**Werner Kogler:** Wir werden noch fünf Jahren den Falschen zuhören, wenn's so weitergeht.

**Reinhold Lopatka:** Die Frage war, warum die Finanzministerin Fekter so und nicht anders gehandelt hat. Und da möchte ich sagen, als die Finanzministerin Fekter von Pröll das Ministerium übernommen hat im April, war einfach das Faktum, dass man von der Nationalbank ausgegangen ist 2009, man braucht rund zwei Milliarden. Das ist als plausibel gesehen worden, es wird wieder aufwärts gehen und diese Bank hat eine Chance zu bestehen. Ich sag's einmal so. Man hat das quasi gesehen wie bei einem V. Jetzt ist man unten, man geht wieder hinauf. In Wirklichkeit war's dann ein L.

**Werner Kogler:** Glauben Sie das wirklich?

**Reinhold Lopatka:** Ich versuche zu erklären, warum die Ministerin Fekter so gehandelt hat und nicht anders zum damaligen Zeitpunkt. Das ist keine Glaubensfrage, sondern das ist das, was mir vor zwei, drei Stunden die Ministerin Fekter gesagt hat. Sie war davon überzeugt – und das hat sie mir vor drei Stunden gesagt und da kann man bei Frau Ministerin Fekter nachfragen.

**Ingrid Thurnher:** Kann man schon, aber sie gibt im Moment keine öffentlichen Antworten leider.

**Reinhold Lopatka:** Mir hat sie das vor rund drei Stunden gesagt, was ihre Überlegung war. Ich habe genau gewusst, dass diese Frage kommt. Und das war ihre Überlegung. Im Übrigen haben's auch die Leute, die sie in die Bank geschickt hat – wie Dietz – zum damaligen Zeitpunkt so gesehen.

**Hannes Androsch:** Da sind wir bei einem anderen Punkt. Es wird sehr auf die Politik – zu Recht – aber viel zu wenig, Frau Präsidentin, auf die Organe der Bank, die da sind Eigentümer, Vorstand und Aufsichtsrat vor diesen Ereignissen der Verstaatlichung und danach. Sie können nachlesen, der Aufsichtsratsvorsitzende



Dietz, am 27. Dezember im „Standard“ – sie wollten eine Going Bank haben. Und das war der nächste Fehler. Wie zuvor Eigentümer und Aufsichtsrat und Vorstand das Schlamassel eingebrockt haben, wollten sie dann diese Zombie-Bank um jeden Preis weiterführen, wo sie längst schon eine Bad Bank hätte sein sollen.

**Reinhold Lopatka:** Man hat nicht erkannt, wie kaputt die Bank schon war zum damaligen Zeitpunkt.

**Werner Kogler:** Aber man hätte es erkennen können – um das geht's ja dauernd.

**Ingrid Thurnher:** Herr Strache, wenn die Frau Fekter im Jahr irgendwann zwischen 2011 und 2013 nach wie vor der Meinung war, dieser Bank könnte es ja wieder gut gehen, man könnte sie ja aus dem Schlamassel herausholen. Da sieht man auch ganz deutlich im Bericht, dass in dieser Zeit etwas ganz anderes Priorität hatte in der Bank, Sie weisen da auch sehr drauf hin, nämlich eine Vergangenheitsbewältigung, eine Suche nach den Schuldigen, die die Arbeit der Bank im Wesentlichen lahmgelegt hat. War das richtig? Waren das die richtigen Prioritäten, die da gesetzt wurden? Dass man zuerst sagt, jetzt tun wir einmal untersuchen, wer eigentlich der Schuldige für das Schlamassel ist, bevor wir uns überlegen, wie es mit der Bank weitergehen kann?

**Heinz-Christian Strache:** Ja, die „Neue Zürcher Zeitung“, die sicherlich unverdächtig ist, mit uns irgendwie in Verbindung zu stehen, beleuchtet das und sagt, dass offenbar politische Motive dahintergestanden haben könnten, um in der Aufarbeitung sozusagen ganz klar die Schuld auf eine Person, nämlich auf Haider und auf FPÖ und BZÖ zu fokussieren. – Lassen Sie mich doch einmal meine Gedanken, ohne mich zu unterbrechen, zu Ende führen. Das zeigt, wie nervös Sie sind.

Es wird ja immer wieder hier in den Raum gestellt – und dankenswerterweise haben Sie mich zitiert. Ich stehe ja zu dem, was ich damals gesagt habe, bis heute. Sie geben mir Recht, dass ich bestätigt worden bin. Ich stehe dazu und bin immer dazu gestanden – was Sie nicht tun. Denn Sie stehen nicht dazu, dass im Landtag der Dr. Jörg Haider keine absolute Mehrheit hatte und selbstverständlich Ihre Partei und Ihre Partei immer dabei waren.

**Christoph Matznetter:** Wir haben alle dagegen gestimmt. Wie das erste Mal die Haftungen im Jahre – nein, das ist vollkommen falsch.

**Heinz-Christian Strache:** Das steht in den Abstimmungsergebnissen der Haftungserhöhungen nachvollziehbar – sagen Sie doch nicht nachweislich die Unwahrheit.

**Christoph Matznetter:** ... vier Jahre lang verschwiegen – lesen Sie den Bericht fertig. Nein.

**Heinz-Christian Strache:** Ich muss ja replizieren können, ohne permanent unterbrochen zu werden. Das ist ja keine Diskussionskultur.

**Ingrid Thurnher:** Ich glaube, wir sind uns darüber einig, was passiert ist und wer sozusagen verantwortlich ist für den Schaden in der Bank.

**Heinz-Christian Strache:** Wir sind uns nicht einig, weil eine Verstaatlichung einer Bank in einer Nacht- und Nebelaktion, wo es um ein Schadensvolumen von bis zu 20 Milliarden Euro geht, am Parlament zu tätigen – das ist für mich allein ein Kriminalfall. Also das ist eine verantwortungslose Vorgangsweise gewesen, ohne Experten. Ob der Trichet anruft, ist schön und gut. Aber man hätte so einen Verstaatlichungsverhandlungsprozess selbstverständlich mit eigenen Rechtsexperten, mit eigenen Wirtschaftsexperten vornehmen müssen, auch die Bank überprüfen müssen, was leider nachweislich alles nicht in der Form passiert ist. Und da sind wir bei der Verantwortung. Und der Schaden wäre abzuwenden gewesen, hätte man strategisch hier sich besser beraten lassen, hätte man eine Strategie gehabt, die Bayern – die ja selbst den Expansionsprozess fortgesetzt haben – nicht aus ihrer Verantwortung herauszulassen.

Und dann sind wir genau beim Thema: Dann wäre der Schaden auf alle Fälle deutlich zu minimieren gewesen. Und das wollte man gar nicht, weil ja klar war, den Schaden fokussieren wir auf FPÖ, BZÖ, Haider – der ist der Schuldige. Und das ist die Unverantwortlichkeit in der Vorgangsweise. Und dann geht man her und verstaatlicht ohne Not und handelt nicht. Und dann am Ende gibt's nicht einmal eine politische Verantwortung. Weil die politische Verantwortung sieht so aus, dass der Finanzminister, der damals die Verstaatlichung vollzogen hat, heute im Raiffeisen-Sektor schön weich aufgefallen ist.

**Ingrid Thurnher:** Wir waren eigentlich schon bei der Frage, Herr Strache, warum ist nach dieser Verstaatlichung so lange nichts geschehen. Wir haben hier gehört, die Frau Ministerin war überzeugt, es geht eh wieder bergauf. Sie wollten eine Bad Bank.

**Christoph Matznetter:** Da kann irgendwer was behaupten, was nicht stimmt, und dann darf man es nicht einmal richtigstellen, Frau Thurnher.

**Ingrid Thurnher:** Dann stellen Sie richtig, was Sie richtigstellen müssen.

**Christoph Matznetter:** Nein, Sie brauchen nur im Bericht nachlesen. Erstmals 2004 gab's im Rechnungsabschluss einen Hinweis auf die Haftung in Ziffern. Da gab es vier Abschlüsse, die der Herr Haider nie vorgelegt hat und im Landtag verloren hat die Kenntnisnahme, weil man keine Zustimmung erteilt hat. Es waren Ihre Parteifreunde alleine, die die –

**Heinz-Christian Strache:** Die Haftungsbeschlüsse –

**Christoph Matznetter:** Der Haftungsbeschluss war 1990 – es wurde darüber nie im Landtag berichtet. Lesen Sie den Bericht. Alle vier Abschlüsse – das ist wichtig. Alle anderen Parteien, die Landesparteien, haben dagegen gestimmt. Nur seine Parteifreunde haben's durchgezogen. Er selber hat es richtig gesagt: Der Landesreferent Haider war zuständig. Hören Sie doch auf, den (*unverständlich*) Nein, es wurde abgelehnt, die Kenntnisnahme!

**Heinz-Christian Strache:** Nein, es hat ja mehrere Erhöhungen gegeben, wo Sie mitgestimmt haben.

**Christoph Matznetter:** Nein – nein – nein!

**Ingrid Thurnher:** Frau Griss, können Sie hier einmal die Richterin spielen.

**Irmgard Griss:** Es stimmt beides nicht. Es war ein Grundsatzbeschluss, dass es die Landeshaftung gibt. Die ist aufrechterhalten worden, als umgewandelt wurde in eine Aktiengesellschaft. Und der Sündenfall ist passiert 2004 bei der Spaltung HBA/HBInt und da haben alle vier Parteien dafür gestimmt, dass auch die Haftung für die Gesamtrechtsnachfolge übernommen wird, also für deren Verbindlichkeiten.

**Reinhold Lopatka:** Aber vier? Sie sagen, alle vier.

**Irmgard Griss:** Ja, alle vier. Auch die Grünen. Aber hören Sie zu –

**Ingrid Thurnher:** Meine Damen und Herren – nein, wir wollen jetzt einen Schritt weiter gehen. Wir sollten ganz dringend darüber reden, was wir aus all dem denn lernen können, wie es eigentlich bei der Hypo weitergeht. Es liegen ja mehrere Optionen auf dem Tisch – schauen Sie mal.

*Milliardengrab Hypo Alpe Adria. Eine Abwicklung unter immer größerem Zeitdruck, denn die Republik Österreich als Eigentümerin muss die Balkan-Töchter der Hypo bis spätestens Mitte 2015 verkaufen – so schreibt es die EU vor. Ende November platzt der schon so gut wie fixierte Deal mit dem US-Fonds Advent und der EBRD-Bank. Die Bayern-Landesbank als Ex-Aktionär stimmte dem Verkauf nicht zu. Auch sonst habe es Unstimmigkeiten gegeben, heißt es aus Verhandlerkreisen.*

*Unprofessionell seien die Verhandlungen geführt worden, werfen die Bieter den Verkäufern vor. Zurück an den Start also – und der Finanzminister nimmt sich der Verhandlungen nun persönlich an.*

*Hans Jörg Schelling, Finanzminister, ÖVP: Daher hat jetzt offensichtlich Advent und EBRD darum ersucht, dass sie mit mir ein Gespräch führen können. Ich werde das gemeinsam mit dem Verhandlungsteam auch machen.*

*Davon abgesehen setzt die Republik Österreich nun auf den Rechtsweg. Noch dieses Jahr soll der Kauf der Hypo von der Bayern-LB durch den Staat im Jahr 2009 vor Gericht angefochten werden. Österreich muss versuchen nachzuweisen, dass der Zustand der Bank bei der Verstaatlichung noch schlechter war, als von den Bayern dargestellt. Umgekehrt klagen auch die Bayern die Republik Österreich, und zwar auf arglistige Täuschung bei ihrem Kauf der Bank 2007. Noch im Dezember soll es in diesem Fall ein Urteil geben. Und nicht zuletzt prüft der Verfassungsgerichtshof das Sondergesetz zur Hypo-Abwicklung.*

**Ingrid Thurnher:** Ja, und dieses Hypo-Sondergesetz, das ja vom früheren Finanzminister Michael Spindelegger auf den Weg gebracht worden ist – das ist ja von Anfang an auf sehr, sehr viel Skepsis gestoßen. Da hat auch der Bundespräsident damals gesagt, das sind möglicherweise Verfassungsfragen, die schwierig einzuordnen und zu klären sind. Jetzt stelle ich eine theoretische Frage an Sie beide: Was, wenn der Verfassungsgerichtshof dieses Gesetz, nach dem jetzt ja sozusagen versucht wird, das alles abzuwickeln, zurück an den Start schickt? Liegt dann für Sie beide das Thema Insolvenz wieder auf dem Tisch? Sollte es das?

**Reinhold Lopatka:** Jetzt liegt für mich das Thema Insolvenz nicht auf dem Tisch. Da unterscheide ich mich von Dr. Androsch. Und ich gehe davon aus, dass das Gesetz verfassungskonform ist.

**Ingrid Thurnher:** Wenn nicht – das war die Frage.

**Reinhold Lopatka:** Ja, aber noch einmal: Diese Frage stellt sich für mich jetzt nicht. Ich gehe davon aus, dass das Gesetz verfassungskonform ist. Und ich gehe davon aus, dass im Verhandlungsweg ein solches Ergebnis erreichbar ist, dass sich die zweite Frage nicht stellt, die von Dr. Androsch jetzt schon auch in den Medien ventiliert worden ist. Für mich stellt sich diese Frage zurzeit nicht.

**Ingrid Thurnher:** Für Sie, Herr Matznetter, Insolvenz ein Thema heute?

**Christoph Matznetter:** Erstens einmal: Jede Geschäftsführung muss immer klären, ob bei einer juristischen Person Insolvenzstatbestand besteht oder nicht. Es verpflichtet die Organe, laufend und innerhalb der Frist notfalls die anzumelden. Von was Sie sprechen, wäre ein kontrollierter Konkurs. Der Versuch, dass man über das Gesetz – wenn das passieren würde – das Bail-in, wie es so schön heißt, also Hereinholen der Haftungsfragen der Bayerischen Landesbank endgültig, aber auch anderer Nachranggläubiger – wenn das nicht verfassungskonform ist, das heißt, die Summe, die die österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler am Ende aufzubringen hätten, deutlich höher wäre, dann wäre ein Alternativszenario ein kontrollierter Konkurs. Ich bezweifle, dass er funktioniert. Weil dasselbe Problem, das damals 2009 bestanden hat – nämlich dass die Ausfallsbürgschaft des Landes Kärnten, die ja immer noch besteht, nämlich bis 2017, die würde – in der Sekunde, wo das Insolvenzverfahren beginnt, könnten die Gläubiger, die diese Haftung haben, an das Land Kärnten herantreten. Jeder, der es nachlesen will – es ist relativ leicht, brauchen wir hier nicht herumstreiten. Es gab im „Rechtspanorama“ der „Presse“ einen sehr guten Artikel am 3. März, wo das ganz klar dargestellt ist, warum – im „Rechtspanorama“ 3.3.2014 –

**Ingrid Thurnher:** Also Sie müssen es jetzt nicht vorlesen, Herr Matznetter.

**Christoph Matznetter:** Nein, nein, tu ich nicht. Der Herr Schellmann hat dort sehr deutlich im „Rechtspanorama“ dargestellt, warum es bis zum exekutiven Zugriff auf die Mittel des Landes Kärnten, bis zu den Immobilien, stattfinden könnte. Und daher ist es auch dann die dieselbe Wirkung, Frau Thurnher. Wer sich zu diesem Schritt entschließt, muss sich klar sein, am Ende des Tages kann es bis zur Exekution führen auf das Landesvermögen. Es kann sein, dass der Kindergarten morgen geschlossen wird und und und. Und ich denke, jeder wäre gut beraten, sich das vorher zu überlegen, bevor er das tut.

**Ingrid Thurnher:** Von Ihnen hören wir, Herr Kogler, die Forderung nach einer Insolvenz. Was hat sich denn jetzt geändert? Wir hören seit Jahren, eine Insolvenz heißt die Pleite des Landes Kärnten. Und jetzt soll man das plötzlich in Kauf nehmen?

**Werner Kogler:** Ja, was es immer heißt. Die Frage ist, wer wem zuhört und wer hier irgendwas zitiert. Der Punkt ist, dass es auch ausreichend Expertinnen und Experten gibt, auch Juristinnen, die hier eine andere Annahme treffen. Aber zunächst einmal und der Reihe nach: Die Frage der Bad Bank – das haben ja wir auch öfter betrieben – hat sich natürlich gestellt von dieser im Übrigen – weil wir dazu noch nicht Stellung nehmen konnten – unsinnigen Verstaatlichung unter Anführungszeichen. Weil das war ja überhaupt insofern nicht einmal eine Verstaatlichung, weil vorher der Freistaat Bayern – der heißt sogar so – die Bank ja besessen hat indirekt. Und es war mit Sicherheit so, dass die EZB – Trichet – auch auf die Bayern eingewirkt hat und nicht nur auf Österreich. Daher wäre es immer um ein Halbe-Halbe gegangen, und das wäre auch richtig gewesen. Und damals wäre eine Pleite sicher riskant gewesen. In der Folge wäre die Bad Bank das Bessere gewesen, das haben sie überall so gemacht, nur nicht bei uns, weil die Leiche geschminkt werden sollte. Und die Leicheschminke war teurer als das Begräbnis – und das ist die Sauerei. Und da wollen Sie sich dauernd davonstehlen, heute schon wieder – deshalb muss man sich da wirklich ärgern.

So, jetzt zu Ihrer Frage. Jetzt, wie alles schon auf diese Art und Weise verschüttet ist, muss man auch darüber nachdenken dürfen – es geht ja irgendwo hoffentlich auch noch um die Steuerzahlerin und den Steuerzahler – was da das Günstigste ist. Und da ist die Insolvenzlösung, und zwar in einer kontrollierten Art und Weise, mit Sicherheit das zu Bevorzugende. Warum? Weil auf der anderen Seite sitzen ja auch Gläubiger, die sich ausrechnen können, dass sie nicht einfach irgendwie da von Kärnten dieses Geld kriegen würden. Ich halte das ja alles für Schauermärchen. Wenn ich ein derartiger „Investor“ wäre, würde ich mir genau überlegen, ob ich da zehn Jahre herumprozessiere um irgendwas, wo ich am Schluss ein bisschen was kriege, oder ob ich jetzt auf das Angebot einsteige – und das ist schon jahrelang unser Vorschlag, nämlich der der Gründen, zu sagen, tauschen wir diese Anleihen um. Dann ist jetzt die Frage, was die vermutete Quote wäre, 60/40, 50/50, damals noch 70/30. In Bundesanleihen, die sicher bezahlt werden. Es hätte den Vorteil, dass die Investoren wahrscheinlich sich auf das einlassen würden, weil das haben sie

wenigstens sicher. Und umgekehrt würde – naja, rechnen Sie aus. Bei 18 Milliarden in der Bad Bank halbe-halbe, da erspart sich der Steuerzahler neun Milliarden. Im Übrigen ist überhaupt nicht einzusehen, dass Sie dauernd diese Investoren schützen, die damals hätten wissen müssen, dass Kärnten für die Haftungen nie aufkommen kann. Es gibt keinen – das hat sogar die von mir nicht sehr geschätzte Task Force, aber das haben sie herausgearbeitet – dass es keinen Zwang von Haftungen des Bundes für die Haftungen des Landes Kärnten gibt. Das gibt's in der österreichischen Rechtsordnung nicht. Sodass die Investoren jedes Interesse hätten, sich mit der Republik zu einigen. Das setzt auch eine handlungsfähige –

**Ingrid Thurnher:** Aber was passiert mit Kärnten.

**Werner Kogler:** Gar nichts passiert, wenn wir die Anleihen tauschen. Das setzt eine handlungsfähige Bundesregierung voraus, die den Steuerzahler schützen will und nicht ihre eigene Klientel. Das ist der Unterschied.

**Ingrid Thurnher:** Herr Strache, Sie sagen auch, jetzt muss eine Insolvenz her. Ist es jetzt plötzlich egal, dass diese Haftungen dann zur Disposition stehen für die Gläubiger?

**Heinz-Christian Strache:** Ich muss vorher noch beginnen – es gibt wie überall unterschiedliche Rechtsmeinungen. Der Prof. Chini von der Wirtschaftsuniversität Wien sagt ja hier etwas Gegenteiliges. Er sagt, hätte man die Verstaatlichung nicht vorgenommen, dann wären die Anleihen natürlich vorher von allen möglichen zu bedienen gewesen und am Ende dann in der Haftungskette Kärnten. Das heißt, wir hätten den Schaden – auch im Bericht durchaus dokumentiert – begrenzen können. Jetzt sind wir in einer anderen Situation, wobei auch jetzt sehr wohl darüber nachzudenken ist, ob es eine geordnete Insolvenz geben kann. Und da ist ja durchaus der Herr Dr. Androsch jemand, der zumindest – ich hab' das jetzt unlängst erst gelesen – meint, darüber nachdenken zu wollen.

**Ingrid Thurnher:** Wir auch.

**Heinz-Christian Strache:** Ja. Und ich halte das für vernünftig, weil die Gläubiger sollen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Und wir haben natürlich eine Verantwortung, den Steuerzahler so gut wie möglich hier herauszulassen.

**Ingrid Thurnher:** Warum, Herr Dr. Androsch, soll jetzt eine Insolvenz den Steuerzahler und das Land Kärnten und den Bund weniger kosten als vor ein paar Jahren noch? Und weniger riskant sein?

**Hannes Androsch:** Weil es die wahrscheinlich einzige Möglichkeit ist, den Bayern das abzuverlangen, was ihnen sonst zu Unrecht in den Schoß gefallen wäre, wo sie sogar die Champagnerflaschen haben öffnen lassen.

**Heinz-Christian Strache:** Sich auf die Schenkel geklopft haben.

**Hannes Androsch:** Über den Deal, mit dem sie gar nicht gerechnet haben. Im März dieses Jahres war das alles schon fix und fertig zwischen Finanz- und Justizministerium abgestimmt, der Finanzminister beraten von in- und ausländischen Experten wollte das und ist dann umgefallen, weil der Justizminister ihm und dem Kanzler was anderes gesagt hat. Das war beim Abendessen am 13. März, Donnerstag, beim Bundespräsidenten. Und mit dem muss sich der jetzige Finanzminister herumschlagen. Daher die Überlegung, dass man so rasch wie möglich, was immer verwertbar ist, abstößt, aber dann doch daran denkt, den Rest in eine geordnete Insolvenz zu führen.

**Ingrid Thurnher:** Frau Dr. Griss, Sie beschreiben ja sehr genau, welche Haftungen das Land Kärnten noch wie lange innehat in Ihrem Bericht auch. Und es mag für den einen oder anderen schwer zu verstehen sein, dass diese Haftungen – da wurden jetzt unterschiedliche Experten zitiert auch – dann plötzlich kein Schaden mehr für das Land Kärnten sein sollen, wenn eine Insolvenz jetzt kommen würde. Wie sehen Sie das? Wäre das jetzt weniger riskant, weniger teuer für den Steuerzahler, als es damals gewesen wäre?

**Irmgard Griss:** Also die Haftungen bestehen. Und das heißt, wenn es zu einer Insolvenz käme, dann könnten die Gläubiger vom Land Kärnten das verlangen. Die Frage ist ja, ob dann eine Verhandlungssituation vorhanden ist. Und das ist früher gesagt worden, dass die Gläubiger sagen, wenn man mir jetzt 50 Prozent gleich zahlt, dann nehme ich diese 50 Prozent. Das ist mir lieber, als wenn ich schauen muss, dass ich mein Geld vom Land Kärnten kriege. Aber rechtlich ist es so, dass das Land Kärnten voll haftet für die Haftungen, die jetzt noch aufrecht bestehen. Das heißt Anleihen, die noch draußen sind – da muss das Land Kärnten einstehen.



**Ingrid Thurnher:** Kann man das größenordnungsmäßig einschätzen, wie viel –

**Irmgard Griss:** Ja, elf Milliarden. Und es ist denkbar, dass es diese Verhandlungslösung gegenibt, weil das ist eine Möglichkeit, das kann man nicht ausschließen. Aber rechtlich ist es nicht so.

**Ingrid Thurnher:** Es könnte ja vorher noch ein anderes juristisches Ding in Gang kommen, nämlich wenn die Republik Österreich tatsächlich beschließt, diese so genannte Notverstaatlichung – sage ich immer, damit alle wissen, wovon die Rede ist – überhaupt anzufechten und zu versuchen, das rückabzuwickeln. Ist Ihnen als langjährige Richterin ein Fall bekannt, wo sowas schon mal funktioniert hat?

**Irmgard Griss:** Nein. Ich glaube, das wäre eine Premiere. Aber man kann's ja versuchen, aber das – glaube ich – wäre einmalig.

**Ingrid Thurnher:** Ein lohnenswerter Versuch, meinen Sie?

**Irmgard Griss:** Das will ich gar nicht beurteilen.

**Ingrid Thurnher:** Aber das steht derzeit, Herr Lopatka, ja zur Diskussion im Finanzministerium. Wir warten alle auf die Entscheidung, es muss bis Jahresende klar sein, wird's eine Klage geben und wird Österreich tatsächlich versuchen, auf dem Rechtsweg diesen ganzen Deal rückabzuwickeln. Halten Sie das tatsächlich für denkbar. Also als Laie betrachtet kann man sich das ganz, ganz schwer vorstellen.

**Reinhold Lopatka:** Ja. Schauen Sie, erstens, wir haben noch Zeit – nicht mehr viel, aber wir haben noch Zeit. Der Weg ist noch offen. Weil Fekter vorher auch kritisiert worden ist: Das ist auch der Ministerin Fekter zu verdanken, dass dieser Weg noch offen ist. Ob er erfolversprechend ist, das ist natürlich eine Frage, die niemand beantworten kann. Man darf nichts unversucht lassen, würde ich sagen.

**Ingrid Thurnher:** Herr Kogler, Sie sind auch viel – Sie haben es schon gesagt, fast auf eine Theatertournee gegangen mit Ihren Akten. Würden Sie dem Finanzminister heute raten, diese Klage auf Rückabwicklung zu versuchen?

**Werner Kogler:** Ich lege Wert auf die Feststellung, dass das Theater oder das Schuldenstück andere veranstaltet haben. Aber es ist gut, wenn sich die Leute interessieren und auch zuhören, wie man's für die Zukunft besser machen könnte.

Ich bin da zu wenig Experte, was die Irrtumsanfechtung jetzt betrifft. Da kann ich nur dilettieren. Ich habe allerdings sozusagen laienhaft instinktiv den Verdacht, dass sich die Österreicher – leider, jetzt sind wir wieder bei der Verhandlungssituation – in jenen Wochen und Monaten derart abgrundtief dumm benommen haben, dass da relativ wenig Chance ist, weil ja die Bayern immer argumentieren können, dass man leicht das hätte in Erfahrung bringen können, worüber behauptet wird, dass man eigentlich nichts wusste und man sei hineingelegt worden. Und ich weiß nicht, ob da die eigene Unverantwortlichkeit und Blödheit vor dem dann schützt. Aber das ist ein laienhafter Zugang. Wenn's was hilft, bitte unbedingt. Wenn jetzt die Bayern einmal was glauben würden – und das ist ja, glaube ich, der wirkliche Effekt, der erzielt werden soll, dass man die Verhandlungsposition verbessert. Wäre das aber alles so, dürften wir öffentlich nicht drüber diskutieren, weil das muss man quasi hinter den Kulissen trocken herunterspielen. Und auch das scheint nicht der Fall. Also, die sind da nicht sehr günstig aufgestellt bis zum heutigen Tag, fürchte ich – unsere Verhandler. Sorry.

**Ingrid Thurnher:** Wir haben, Herr Dr. Androsch, als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bisher etwa 5,5 Milliarden Euro dieser Bank sozusagen zur Verfügung gestellt in Form von Partizipationskapital, Garantien und Ähnlichem. Für einen ordentlichen Teil dessen, nämlich für etwas mehr als zwei Milliarden Partizipationskapital, sind Sie als Aufsichtsratsvorsitzender der FIMBAG – der Finanzmarkteteiligungsgesellschaft des Bundes – quasi treuhänderisch für den Steuerzahler zuständig. Haben Sie das Gefühl, dass Sie auf dieses Geld gut aufgepasst haben? Es ist nämlich weg.

**Hannes Androsch:** Wir hatten das zu verwalten, was eigenverantwortlich das Finanzministerium durchgeführt hat. Wir hatten auf die Verhandlungen und auf die Richtung, die Strategie, keinen wie immer gearteten Einfluss.

**Ingrid Thurnher:** Jetzt ist aber auch im Bericht zu lesen, dass der Rechnungshof meines Wissens kritisiert hat, die Finanzmarkteteiligungsgesellschaft habe von ihren Möglichkeiten der Kontrolle und der Einschau viel zu wenig Gebrauch gemacht. Fühlen Sie sich selber da auch ein bisschen mit Schuld an dem, was da gelaufen ist?

**Hannes Androsch:** Also es hätte Mitte '09 beispielsweise, als sogar die Bayerische Landesbank selber ein Asset Screening gemacht hat, wenig Sinn gehabt, zu den 60 Wirtschaftsprüfern von PWC und fünf von der Notenbank noch welche darüber hinaus zu stellen. Da hätten wir die Bank gleich zusperren können. Wenn ohnehin so viel geprüft wird, hätte das gar keinen Sinn gehabt, wenn die FIMBAG darüber hinaus obendrauf noch eine Prüfung gemacht hätte. Das Ergebnis war ja da. Und die Verhandlungen und die Zuständigkeit schon wegen der EU-Verhandlungen waren ausschließlich beim Finanzministerium – zum Unterschied von der Kommunalkredit, die inzwischen von 30 Milliarden auf sechs Milliarden abgewickelt werden konnte, weil man eben eine Bad Bank gemacht hat.

**Ingrid Thurnher:** Der Grund, warum wir uns jetzt ein bisschen auf das Geld noch fokussieren sollten auch, ist natürlich die Frage – Sie haben einmal eine Einschätzung abgegeben, ist noch gar nicht zu lange her, es wird uns alles zusammen sieben Milliarden kosten. Wir wissen mittlerweile, das wird sich wohl nicht ausgehen.

**Hannes Androsch:** Ja, da bin ich belächelt worden damals.

**Ingrid Thurnher:** Da hat man gedacht, Sie meinen zu viel, oder?

**Hannes Androsch:** Ja. Und ich habe schon gesagt, ja, ich muss zugeben, im Zuge dieser Entwicklungen muss ich leider nach oben korrigieren. Und wenn ich die Hypo Real Estate in Deutschland, die längst als erledigt angesehen werden kann, wenn ich die Restabwicklung sozusagen schon einpreise, als Beispiel nehme.

**Ingrid Thurnher:** Und da könnte man jetzt die Frage stellen, Herr Matznetter: Wie viel gutes Geld soll man dem schlechten denn noch nachschmeißen?

**Christoph Matznetter:** Vielleicht – ich bin noch nicht dazugekommen, zur Option was zu sagen. Ich halte das natürlich für eine interessante Variante, die Irrtumsanfechtung. Man hat ja vielleicht bessere Karten, als nur die Österreicher als blöd darzustellen, wie es der Werner Kogler gemacht hat. Weil die Bayerische Landesbank selbst die Mitarbeiterstiftung – das war in dem Beitrag erwähnt, nicht Österreich, die Mitarbeiterstiftung – wegen Irrtum damals 2007 geklagt hat, das heißt, durch ihre eigene Klagsführung in Wahrheit darstellt, sie haben selber nicht genau

gewusst, was hier alles für faule Assets drinnen waren. Und vielleicht ergibt sich daraus eine Chance, was zu holen.

Teil 2 – noch einmal, weil es haben jetzt alle Gelegenheit gehabt, zur Frage: Könnte man, wenn man mit Konkurs droht, sich einfach einigen auf einen Abschlag, 60 Prozent oder Ähnliches. Dafür aber schon ein Beispiel, nämlich Argentinien. Die haben sich vor mittlerweile zwölf Jahren geeinigt mit den Gläubigern, haben den Abschlag ausgemacht, zahlen brav ihre Raten für den Abschlag. Das Problem war nur: Da haben andere Hedgefonds sich trotzdem die Papiere besorgt und haben sich in den USA einen Pfandtitel geholt. Und heute ist Argentinien wieder pleite. Ich sage das nur mal, das ist schon mal probiert worden, das ist nicht neu auf der Welt, dass man sich versucht zu einigen auf einen Prozentsatz und dann doch die Papiere da sind, die jemand anderer kauft und sagt, ich will 100 Prozent, und findet einen Richter in New York, der's macht. Ich wollte das nur sagen.

Frau Thurnher, Ihre Frage war noch nicht beantwortet.

**Irmgard Griss:** Ganz kurz – ein wesentlicher Unterschied. Argentinien war insolvent, Österreich ist nicht insolvent. Ist vielleicht ein Unterschied.

**Christoph Matznetter:** Und deswegen soll es härter sein vom Bundesrichter, weil man sich einen Abschlag abgerungen hat? Es ist ja genau umgekehrt, Frau Dr. Griss.

**Ingrid Thurnher:** Wollen wir die argentinische Geschichte wieder kurz in Ruhe lassen. Die Frage war: Wie viel gutes Geld wollen wir dem schlechten noch nachschmeißen?

**Christoph Matznetter:** Ich fürchte, dass wir nicht so viele Optionen haben, weil – und da hat Klubobmann Lopatka schon darauf hingewiesen – noch ist die Kärntner Landeshaftung da. Die gute Nachricht ist: Der wesentliche Teil dieser Haftungen – und zwar aufgrund eines Gesetzes aus 2004 – endet am 30. September 2017. Dann sind nur noch die Uraltanleihen aus 2003 und den Vorjahren, das sind 0,9 Milliarden –

**Werner Kogler:** Das heißt, bis dorthin müssten wir elf Milliarden noch auszahlen, ja. Die sehen wir auch nie mehr dann.

**Christoph Matznetter:** Nein, nein, nein, Moment –

**Hannes Androsch:** Ja, aber wenn man glaubt, dass man den Teilkonkurs da im Ärmel hat –

**Christoph Matznetter:** Ist besser nach dem 30. September als vorher.

**Hannes Androsch:** Nein, so lang können wir nicht warten. Wir haben eine Frist von der EU-Kommission Mitte nächsten Jahres und wir haben ein Limit. Also das ist eine Träumerei, wenn ich das so –

**Christoph Matznetter:** Was nichts daran ändert, die Landeshaftung bleibt bis 30. September 2017. Und das Problem –

**Werner Kogler:** Ja, aber deshalb muss ja vor 1.6. – ich gebe schon wieder dem Dr. Androsch Recht – nächsten Jahres was passieren, weil da ist endgültig das Damoklesschwert der Europäischen Union, das wirklich dann in der Form schlagend wird. Und wäre die Kommission nicht gewesen, dann wäre ja noch länger viel mehr Blödsinn passiert. Also hören wir auf – bis dorthin muss was passieren.

**Hannes Androsch:** Seien Sie mir nicht böse, diese Überlegung war nur halb bedacht, tut mir leid.

**Christoph Matznetter:** Aber wir haben das Gesetz, und jetzt warten wir einmal, wie die Klagen ausgehen, ob die überhaupt jetzt –

**Heinz-Christian Strache:** Wirklich entscheidend ist ja, diese Rückabwicklungsklage von österreichischer Seite, die längst überfällig ist, ins Treffen zu führen. Weil ich sage, gerade darum geht's. Diese Klage hätte schon passieren müssen, damit man auch entsprechend bessere Verhandlungsmittel hat. Nur, da hat man sich sehr lange Zeit gelassen. Jetzt haben wir wieder viel, viel Zeit durchs Land ziehen lassen.

**Hannes Androsch:** Jetzt probiert es der neue Finanzminister. Und versuchen wir diese Doppelstrategie, die aber jedenfalls eine Teilinsolvenz unter Berücksichtigung natürlich auch der Interessen Kärntens, und was davon auf den Bund und die anderen Bundesländer über den Haftungsverbund zurückfällt könnte – dass das mit berücksichtigt wird. Also das wäre doch wert, endlich einmal angedacht zu werden.

**Heinz-Christian Strache:** Richtig, richtig. Vielleicht noch ganz kurz auf den Beitrag – weil in der „Presse“ habe ich das anders gelesen, als jetzt im Beitrag vorher dargelegt, was den Fonds betrifft, nämlich Advent. Da wird gesagt, dass kurzfristig

ein Vertrag vom Finanzministerium in deutscher Sprache nachgeschickt worden sein soll, obwohl die Unterfertigung bereits vereinbart gewesen ist.

**Werner Kogler:** Aber da geht's nicht um die Südosteuropa-Töchter – damit sich die Leute noch auskennen.

**Heinz-Christian Strache:** Nein, nein, aber das war im Beitrag sehr widersprüchlich.

**Ingrid Thurnher:** Frau Dr. Griss, wenn Sie jetzt hier zuhören auch dieser Diskussion und auch dem, was wir hier hören, wie da weiter vorgegangen werden soll – es ist vielfach in Ihrem Bericht auch davon die Rede, es hat Ihnen eine Handlungsstrategie gefehlt, eine Überlegung, wie man da weitergehen soll. Haben Sie das Gefühl, dass die jetzt da ist?

**Irmgard Griss:** Aufgrund unserer Diskussion?

**Ingrid Thurnher:** Aufgrund all dessen – zusammengefasst, auf was man ansonsten in den letzten Tagen und Wochen hört.

**Irmgard Griss:** Was ich mir dabei denke, ist, dass wir eigentlich in einer sehr glücklichen Situation waren, als wir den Bericht gemacht haben und als wir das untersucht haben. Wir haben uns auf die Fakten konzentrieren können. Wir haben überhaupt keine anderen Interessen damit verfolgt, als herauszufinden, was geschehen ist. Bei jeder Diskussion – und ich habe das jetzt hier auch erlebt – bei den Argumenten, die hier gebracht werden, spielen andere Interessen mit. Dann wird der Sachverhalt nicht ganz so wiedergegeben – ich will nicht sagen, bewusst nicht ganz so wiedergegeben, wie er ist. Aber er wird nicht ganz so wiedergegeben, wie er ist. Und das ergibt dann eine Ausgangsbasis für die Diskussion, die eigentlich zu nichts führt, um ganz ehrlich zu sein. Weil wir reden dann über Sachen, die nicht so sind. Und man bekämpft dann irgendwelche Feindbilder, die in Wahrheit gar nicht bestehen.

Viel wichtiger wäre es, in dieser Situation, die uns so viel Geld kostet, dass man wirklich dieses politische Hickhack – erlauben Sie mir, dass ich das sage – beiseite lässt und sich darauf konzentriert, was kann man hier machen, was ist die beste Strategie. Und nicht sagen, dort war das oder das. (*Applaus*)

**Christoph Matznetter:** Das nennt man Demokratie, Frau Dr. Griss.

**Irmgard Griss:** Nein. Eine sachliche Diskussion ist auch in einer Demokratie möglich.

**Christoph Matznetter:** Die Opposition darf kritisieren und das ist richtig so.

**Irmgard Griss:** Natürlich darf sie kritisieren, aber mit sachlichen Argumenten. Und Sie müssen mit sachlichen Argumenten kontern.

**Hannes Androsch:** Auf die Einleitungsbemerkung – da hätte ich gern gesehen, dass hinsichtlich der Voreigentümer vor der Verstaatlichung die Berichterstattung ausgewogener gewesen wäre, mit all den Konsequenzen, die sich daran knüpfen. Und dass es auch eine Nachberichterstattung der Kommission ab 13. März dieses Jahres gegeben hätte.

**Ingrid Thurnher:** Vielleicht, Frau Dr. Griss, gibt's ja irgendwann einen Auftrag an Sie, auch noch den Rest der Hypo-Geschichte aufzuarbeiten. Ich glaube, ganz Österreich würde den sehr, sehr gerne lesen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für die Diskussion heute Abend. Dieses Thema wird uns wohl noch eine ganze Weile erhalten bleiben. Mal sehen, was ein Untersuchungsausschuss im Parlament dann noch alles zu Tage fördern kann.